

Gemeindeversammlung vom Mittwoch, 05. Dezember 2012

Zeit + Ort:	20.00 Uhr im Saal des Restaurants zum Schlüssel
Vorsitz:	Gemeindepräsidentin Christine Bulliard-Marbach
Protokoll:	Gemeindeschreiberin Andrea Portmann
Anwesend:	183 Damen und Herren Stimmberechtigte
Gäste:	Karin Aebischer (Berichterstattung Freiburger Nachrichten), Arthur Mülhauser (Finanzverwalter), Kaspar Aeberhard (Leiter Technische Dienste), Andreas Jungo (Schulleiter)
Entschuldigt:	Diverse, werden nicht namentlich erwähnt.
Schluss:	23.25 Uhr
Stimmzähler:	Peter Mögli, Marcel Siffert, Pascal Schmutz, Thomas Hunziker, Franz Baeriswyl

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach begrüsst alle Teilnehmenden an diesem winterlichen Abend herzlich und dankt für die sehr zahlreiche Teilnahme an dieser zukunftsweisenden Gemeindeversammlung. Es braucht eine gemeinsame Diskussion, ein Hinterfragen und Weitsicht, um für die Gemeinde Ueberstorf heute wichtige Entscheide zu fällen. Die Gemeinde, so steht es im Leitbild, will familienfreundlich sein, eine gute Infrastruktur bereitstellen und über ein gutes Bildungswesen verfügen. Dies gilt es heute gemeinsam zu besprechen.

Speziell begrüsst die Vorsitzende die Vertreter der Pfarreiräte beider Konfessionen, den Präsidenten der Finanzkommission und der katholischen Pfarrei, Hermann Moser und alle Kommissionsmitglieder. Ein spezieller Gruss geht an Karin Aebischer, heutige Berichterstatterin der Freiburger Nachrichten und die zahlreichen jungen Stimmberechtigten und Eltern, die heute an der GV anwesend sind.

Einladung zur Gemeindeversammlung vom 05.12.2012

Die Einladung zur heutigen Versammlung ist gesetzeskonform erfolgt durch Publikation im Amtsblatt Nr. 46 vom 16.11.2012, durch Aushang am öffentlichen Anschlagbrett und durch die Botschaft an alle Haushalte (Beschluss GV vom 10. Juni 2011 – gültig für die Amtsperiode 2011/16).

Stimmzähler, Anwesende Stimmbürger und Gäste

Als Stimmzähler werden bestimmt: Peter Mögli, Marcel Siffert, Pascal Schmutz, Thomas Hunziker, Franz Baeriswyl. Sie bestätigen die Anwesenheit von 183 Stimmberechtigten und 4 Gästen. Die Gäste nehmen an einem separaten Tisch Platz, Finanzverwalter A. Mülhauser sitzt am Tisch des Gemeinderats.

Büro der Gemeindeversammlung

Die Vorsitzende setzt die Versammlung in Kenntnis, dass sich das Büro der Versammlung (Art. 15 GG) durch die Stimmzähler und den Gemeinderat zusammensetzt. Als Sekretärin waltet Gemeindeschreiberin A. Portmann.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach verliest die Traktandenliste für die Gemeindeversammlung vom 05.12.2012:

1. Protokoll - Beschlussfassung
2. Voranschlag 2013
 - 2.1 Finanzplan 2014-2017 - Information
 - 2.2 Allgemeine Präsentation des Voranschlags der laufenden Rechnung und des Investitionsvoranschlags 2013 - Information
 - 2.3 Schülertransporte: Information zu den Budgetpositionen 2013 und in Zukunft
 - 2.4 Gemeindesteuern: Erhöhung des Steuerfusses auf der Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen von 78% auf 89% sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen von 78% auf 89% der einfachen Kantonssteuer - Beschlussfassung

- 2.5 Kreditbegehren: Planungskredit für Überprüfung und Anpassung der Schul- und Freizeitanlagen - Beschlussfassung
- 2.6 Schlussabstimmung über den Voranschlag der laufenden Rechnung und den Investitionsvoranschlag 2013 - Beschlussfassung
- 3. Verkauf der Liegenschaft Hagacher 2, Art. 460 im Grundbuch der Gemeinde Ueberstorf: Kompetenzerteilung an den Gemeinderat
- 4. Investitionsabrechnungen
- 5. Verschiedenes

Weder gegen die Einberufung der Versammlung noch gegen die Aufstellung der Traktandenliste gibt es Einwände oder Anträge aus der Versammlung. Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach erklärt somit die Versammlung als eröffnet und beschlussfähig.

Traktandum 1: Protokoll der Gemeindeversammlung vom 04. Mai 2012

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach informiert, dass das Protokoll der Versammlung vom 04. Mai 2012 auf der Gemeindeverwaltung eingesehen werden konnte. Die Beschlüsse sind in der Botschaft zur Versammlung abgedruckt.

Wortmeldungen:

Die Vorsitzende fragt nach, ob es Änderungswünsche zum Protokoll gibt. Dies ist nicht der Fall und die Vorsitzende schreitet zur Abstimmung fort.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 04.05.2012 zu genehmigen.

Abstimmung:

Das Protokoll wird mit 183 Ja- und 0 Nein-Stimmen einstimmig genehmigt. Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach dankt Gemeindeschreiberin A. Portmann für die geleistete Arbeit und das genaue Verfassen des Protokolls.

Traktandum 2: Voranschlag 2013

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach informiert eingangs, dass der Voranschlag 2012 in sechs Traktanden präsentiert wird. Diese Aufteilung wurde gemäss den Empfehlungen des Amts für Gemeinden des Kantons Freiburg erstellt.

Unter Punkt 2.1 wird zuerst der Finanzplan 2014-2017 vorgestellt. Anschliessend unter 2.2 folgt die Information zum Voranschlag 2013 und die Überlegungen des Gemeinderats zu diesem Thema. Unter Punkt 2.3 informiert Gemeinderat Toni Kammermann zum Traktandum Schülertransporte. Unter Punkt 2.4 der Tagesordnung folgt das Traktandum Gemeindesteuern. Wolfgang Schmutz und Toni Kammermann stellen anschliessend das Kreditbegehren für die Überprüfung und Anpassung der Schul- und Freizeitanlagen detailliert vor. Zum Abschluss folgt unter Punkt 2.6 der Traktandenliste die Schlussabstimmung über den Voranschlag 2013.

Traktandum 2.1: Finanzplan 2014-2017

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort zu diesem Traktandum dem Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechti.

Gemeinderat Hansjürg Liechti informiert, dass der Gemeinderat gemäss Artikel 43c der Verordnung vom 26. September 2006 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Gemeinden vom 25. September 1980, einen Finanzplan erstellt hat. Es handelt sich dabei um ein Steuerungsdokument und Arbeitspapier für den Gemeinderat. Dieses unterliegt nicht einem Genehmigungsentscheid der Gemeindeversammlung, wird aber einmal jährlich vorgestellt. Die FIKO hat dem Gemeinderat ihren Bericht abgegeben.

Hansjürg Liechti informiert über die wichtigsten Investitionen der kommenden Jahre. Er erklärt, dass die eigentlich notwendigen Investitionen sich auf gegen CHF 20 Mio. belaufen würden.

Die wichtigsten Vorhaben darin sind der Ausbau der Primarschule, Erweiterung / Sanierung Turnhallen sowie Sanierung / Umrüstung der Kanalisationen (Albligenstrasse). Dies stand so in der ersten Version des erarbeiteten Finanzplans. Dieser Betrag wäre aber für die Gemeinde schlicht nicht tragbar. Die Kosten, welche sich schon rein durch Zinsen und Abschreibungen ergäben, wären hier enorm. Dies ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Netto-Invest.	2'416'107	2'709'180	5'649'351	9'660'000	4'450'000	410'000
Abschreibungen	361'675	456'879	624'050	930'237	1'212'437	1'309'637
Zinsen	193'816	207'645	333'084	562'936	774'834	848'275
Total	555'491	664'524	957'134	1'493'173	1'987'271	2'157'912

Der Gemeinderat hat deshalb Priorisierungen diskutiert und sieht ein maximales Investitionsvolumen von 10 Mio. CHF bis 2017. In diesem Fall würden die Zinsen und Abschreibungen sich wie folgt entwickeln:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Abschreibungen	361'675	456'879	564'050	670'237	752'437	789'637
Zinsen	193'816	207'645	299'607	390'146	460'235	505'358
Total	555'491	664'524	863'657	1'060'383	1'212'672	1'294'995

Betrachtet man gleichzeitig die Auswirkungen auf die Laufende Rechnung der Gemeinde, so wird klar, dass sich diese deutlich verschlechtert. Hinzu kommt, dass im Jahr 2015 die ausserordentlichen Einnahmen vom Kanton aus der Einführung 2. Kindergarten-Jahres entfallen. Hinzu kommen neue Ausgaben für das Pflegeheim Bösing, welches die Stiftung St. Wolfgang zurzeit baut.

All diese Entwicklungen führen dazu, dass sich die finanzielle Lage der Gemeinde verschlechtert. Eine Steuererhöhung ist somit unumgänglich und sogar mit dieser Steuererhöhung droht ab 2014 bereits wieder ein negativer Abschluss. Gemeinderat Liechti zeigt in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung des Eigenkapitals auf. Ohne Steuererhöhung würde der Rest an Eigenkapital bereits mit der Rechnung 2013 aufgebraucht, bzw. wäre sogar eine Fehldeckung nicht zu verhindern. So wäre die Gemeinde in jedem Fall (auch gesetzlich vorgeschriebenen) zu Massnahmen gezwungen.

Gemeinderat Liechti schliesst seine Ausführungen mit der Information, dass die konkrete Entwicklung nun natürlich davon abhängt, welche Investitionen in welcher Höhe tatsächlich umgesetzt werden. Hier obliegt jeder Entscheid wieder der Gemeindeversammlung, die einzeln über diese Vorhaben abstimmen wird.

Die Gemeindepräsidentin dankt Gemeinderat Liechti und auch Finanzverwalter Arthur Mülhauser für die geleistete Arbeit und fragt nach, ob das Wort zu diesem Traktandum gewünscht wird.

Wortmeldungen:

- Herr Marcel Notari findet das Erstellen eines Finanzplans gut und wichtig. Er bestätigt, dass Vieles notwendig ist, dennoch aber nicht finanzierbar sein wird. Er nennt dabei 10 Mio. CHF für die Schule – die sei viel zu viel. Man hat hier schon viel verbaut, was die letzte Abrechnung für den Umbau zeigte. Die Folgekosten von solchen Investitionen können nicht bezahlt werden. Der Überschuss aus der Rechnung reicht

hierfür nicht. Weiter führt er aus, dass die Sanierung der Turnhalle nicht notwendig ist.

Man sei ja bereits dran, Arbeiten auszuführen und zurzeit könne man ja gut darin Turnen. Er vergleicht den aktuellen Finanzplan mit dem im Vorjahr Präsentierten. Hier habe man von 1 Mio. CHF für die Schule gesprochen. Dies sei realistisch. Man solle bauen und nicht lange planen und schon gar nicht immer in Freiburg nachfragen. Die Gemeinde soll selber bestimmen.

- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für das Votum und äussert ihr Verständnis. Dennoch ist es aber eine Tatsache, dass das Gesetz vorgibt, wie man öffentliche Bauten zu bauen und zu vergeben hat. Der Kanton subventioniert Gebäude nur, wenn man sich an die Vorgaben hält. Weiter ist die Turnhalle in der Tat sanierungsbedürftig. Sie muss den Sicherheitsbestimmungen entsprechen.
- Gemeinderat Hansjürg Liechti ergänzt, dass der Finanzplan Trends aufzeigt. Die 20 Mio. CHF sind sicher nicht möglich. Man muss weiter planen, Projekte konkretisieren und nochmals streichen. Falls die alte Turnhalle aber geschlossen werden muss, dann kann nicht einmal der obligatorische Turnunterricht der Schulkinder noch ausgeführt werden. Die Kapazitäten reichen nicht. Der Gemeinderat wird sinnvoll planen. Auch muss man etappenweise vorgehen. Die Liegenschaften der Gemeinde werden älter und man muss nun in die Werterhaltung und/oder Sanierung investieren. Es ist klar, dass man erschrickt ab diesen Zahlen. Dies ging auch dem Gemeinderat so, die Situation ist nicht angenehm.
- Frau Catherine Décoppet weiss, dass dies hier nur ein Informations-Geschäft ist. Sie möchte eine Verständnisfrage stellen: Ist die Entwicklung so zu verstehen, dass in zwei Jahren eine weitere Steuererhöhung folgt? Was geschieht denn nun weiter?
- Gemeinderat Liechti erklärt, dass für 2013 in den Zahlen nun eine Steuererhöhung eingeplant wurde. Mit der voraussichtlichen Kostenentwicklung ist zu befürchten, dass bereits 2014 wieder ein negativer Voranschlag droht. Dies ist aus aktueller Sicht erst theoretisch und die tatsächliche Entwicklung muss abgewartet werden. In den letzten Jahren hat man den Finanzplan auch immer gezeigt – dies aber ohne auch die Folgen der Planung in der Laufenden Rechnung auch auszuwerten. Nun ist dies aber transparent gemacht worden. Ob die Entwicklung tatsächlich so eintrifft, muss man sehen. Es kann immer sein, dass Projekte nicht oder anders / verspätet realisiert werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, schliesst Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach das Traktandum 2.1 ab.

Traktandum 2.2: Präsentation des Voranschlags 2013

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort zu diesem Traktandum dem Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechti.

Der Finanzchef führt aus, dass sich der Gemeinderat bei der Erarbeitung des Budgets folgende Ziele gesetzt hat:

- Der Voranschlag 2013 soll realistisch und vollständig sein.
- Alle tatsächlichen Aufwendungen im Bereich der laufenden Ausgaben und der Investitionen müssen enthalten sein.
- Der Voranschlag 2013 soll positiv sein, um nicht weiter Eigenkapital zu verzehren.

Voranschlag Laufende Rechnung 2013: Die Ausgaben

Hansjürg Liechti informiert die Versammlung, dass bei Beginn der Budgeterstellung ein tieferer Voranschlag resultierte. Nach Sparbemühungen in allen Ressorts resultierte schliesslich ein Aufwandüberschuss von immer noch CHF 607'114.- Dieses Ausgaben-Budget ist realistisch und enthält alle Aufwendungen, die im kommenden Jahr anfallen.

Anhand verschiedener Graphiken und Auswertungen erklärt Gemeinderat Liechti der Versammlung die wichtigsten Ausgaben. Die Bildung mit 33.6% und das Ressort Finanzen und Steuern mit Zinsen und Abschreibungen (17.8%) machen die grössten Anteile aus. Die Ressorts Soziale Wohlfahrt (11.6%), Verkehr 9.6 % und Verwaltung (11.1%) liegen auf ähnlicher Höhe. Im Bereich Verkehr sind mehr Unterhaltskosten vorgesehen

als im Vorjahr. Hier wurde in den vergangenen Jahren teilweise via Investitionsrechnung finanziert, was nicht sinnvoll ist.

In der Artengliederung zeigt sich, dass die gebundenen Kosten an Kanton und Gemeinwesen 45 % oder 3.8 Mio. CHF ausmachen. Der Sachaufwand beträgt 20%, der Personalaufwand 16%.

Voranschlag Laufende Rechnung 2013: Die Einnahmen

Im Bereich der Einnahmen macht das Ressort Finanzen und Steuern deutlich den grössten Anteil aus mit 85%. 7.8 % stammen aus dem Bereich Umwelt und Raumordnung (Gebühren ARA, Wasser, Entsorgung). Die Gemeinde ist also zu über 90% von Einnahmen aus Steuern und Gebühren abhängig. Dieser Bereich ist somit der einzige Hebel, um zu Mehreinnahmen zu kommen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Steuereinnahmen im Bereich der Einkommenssteuer leicht positiv entwickelt – die Vermögenssteuer blieb gleich. Wieder eingeführt wurde die Liegenschaftssteuer.

Das Fazit ist: Die steigenden gebundenen Ausgaben und die gleichzeitig nicht steigenden Einnahmen führen dazu, dass der Spielraum der Gemeinde immer kleiner wird. Um das Ziel eines positiven Budgets zu erreichen, hat der Gemeinderat eine Anpassung der Einnahmen durch eine Steuererhöhung eingerechnet. Ohne diese Erhöhung würde ein Minus von CHF 607'114.- resultieren. Die Steueranpassung bringt schliesslich bei Einnahmen von CHF 8'680'111.- und Ausgaben von CHF 8'547'476.- einen Ertragsüberschuss von CHF 132'635.- Dabei sind ordentliche Abschreibungen von CHF 465'879.- eingerechnet – diese sind erhöht gegenüber dem Vorjahr, da dem Kanton alle Investitionsvorhaben gemeldet wurden. Freie Abschreibungen sind keine vorgesehen.

Gemeinderat Liechti weist abschliessend darauf hin, dass der budgetierte Ertrag in der laufenden Rechnung dem Gemeinderat keinen „Freipass“ für Mehrausgaben gibt. Die budgetierten Werte in den einzelnen Konti sind bindend. Der Ertrag wird für die Steigerung des Eigenkapitals und den Schuldendienst eingesetzt und erhöht etwas den Spielraum.

Zum Abschluss der laufenden Rechnung erklärt Gemeinderat Hansjürg Liechti zu jedem Ressort kurz die wichtigsten Abweichungen zwischen Voranschlag 2012 und Voranschlag 2013 (in CHF). Speziell im Ressort Finanzen sind die bereits erwähnten höheren obligatorischen Abschreibungen.

Ressort	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung	in %
Verwaltung	922'350	947'950	25'600	2.8
Bildung	2'810'805	2'869'408	58'603	2.1
Kultur u. Sport	404'824	480'580	75'756	18.7
Soziale Wohlfahrt	969'067	993'021	23'954	2.5
Verkehr	628'066	822'373	194'307	30.9
Umweltschutz u. Raumordnung	712'150	758'518	46'368	6.51
Finanzen und Steuern	624'875	756'586	131'711	21.1

Voranschlag Investitionsrechnung 2013:

Gemeinderat Hansjürg Liechti stellt die Investitionsrechnung 2013 vor. Es sind Bruttoinvestitionen von CHF 2'837'180.- und Investitionseinnahmen von CHF 128'000.- veranschlagt. Dies bedeutet Nettoinvestitionen von CHF 2'709'180.- Als wichtigste Investitionsausgaben 2013 nennt Gemeinderat Liechti die Anpassung der Schul- und Freizeitanlagen (Planungskredit, über den heute noch abgestimmt wird), den Um- und Ausbau der OS Zentren, den Ersatz des Unimogs sowie die Umrüstung der Kanalisation an der Albligenstrasse (1. Etappe).

Mit diesen geplanten Ausgaben steigt die Nettoverschuldung der Gemeinde auf 6,198 Mio. CHF an. Die Nettoverschuldung pro Kopf (Berechnung gem. kant. Statistik) steigt auf 2602.- (2012: 2466, kant Durchschnitt: 2955.-).

Der Zinsbelastungsanteil steigt auf 2.02 %, was einen mittleren Wert bedeutet. Dieser Wert kann sich aber deutlich verschlechtern, falls sich die Zinsen erhöhen sollten. Prob-

lematisch ist der Selbstfinanzierungsgrad, der aktuell nur noch 78.11 % beträgt (2012: 116.83%).

Hansjürg Liechti informiert, dass mit der Verabschiedung der Investitionsrechnung noch keine Kredite bewilligt sind. Jedes Vorhaben wird der Gemeindeversammlung einzeln vorgelegt.

Fazit von Finanzchef Hansjürg Liechti zum Voranschlag 2013

Die Gemeinde ist gezwungen, eine Steuererhöhung vorzunehmen. Trotz Streichungen in verschiedenen Ressorts konnte in der laufenden Rechnung kein ausgeglichenes Budget erstellt werden und die gesetzliche 5%-Grenze ist bei weitem nicht erreicht. Mit der geplanten Steuererhöhung und den Sparbemühungen will der Gemeinderat bei der Laufenden Rechnung ein positives Ergebnis erzielen. Dies ist notwendig, um die bevorstehenden dringenden Aufgaben bewältigen zu können und nicht weiter Eigenkapital zu vernichten. Mit diesen Worten schliesst der Finanzchef seine einleitenden Ausführungen über den Voranschlag 2013.

Die Gemeindepräsidentin dankt Gemeinderat Hansjürg Liechti für seine Ausführungen. Sie eröffnet nun die Diskussion und erinnert dabei, dass hier noch keine Abstimmung vorgenommen wird – die Schlussabstimmung über das Budget 2013 folgt erst als Traktandum 2.6.

Wortmeldungen:

- Alt Gemeindeschreiber Hans Brühlhart meldet sich zu Wort, um einen orthographisches Detail korrigiert zu wissen. Er ist der Ansicht, dass der Begriff „Steuereinheiten“ nicht korrekt ist – man rede bei Steuern vielmehr von „Rappen pro Staatsfranken“. Er merkt weiter an, dass im Bereich Verkehr die Ausführungen nicht ganz korrekt seien. Deckbeläge seien früher immer in der laufenden Rechnung und nicht in der Investitionsrechnung vorgesehen gewesen. Dies habe der Gemeinderat erst seit ca. drei Jahren so gemacht. Es ist für ihn korrekt, dass die Belagsanierungen in der laufenden Rechnung stehen.
- Diese Wortmeldung wird von Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach entgegen genommen.

Nach dieser Wortmeldung wird das Traktandum 2.2 abgeschlossen und die Vorsitzende leitet zu Traktandum 2.3 Schülertransporte über.

Traktandum 2.3: Schülertransporte

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach übergibt das Wort für die Präsentation dieses Themas dem verantwortlichen Gemeinderat Toni Kammermann.

Schulpräsident Toni Kammermann informiert über die aktuelle Situation im Schuljahr 2012-2013. Der Schultransport in Ueberstorf wird mit einem Schulbus sichergestellt, der infolge Auflösung der früheren Schule Obermettlen vom Kanton bezahlt wird. Viermal am Tag werden zwei Routen à 8 km gefahren. Pro Route sind 23 Kinder im Bus. Heute warten die Kinder des ersten Busses vor der Schule am Morgen, die Kinder der 2. Route warten am Mittag usw. Die Kinder müssen aber den Bus nicht nutzen und so gibt es je nach ausserschulischen Aktivitäten der Kinder auch immer wieder freie Plätze. Der Bus ist aber sehr praktisch für die Eltern und diese schätzen ihn auch.

Die Gemeinde hat 2010 einen neuen Schulbus angeschafft. Seit dem Schuljahr 2010/11 hat ein privates Unternehmen den Fahrdienst übernommen, da keine neuen, genügend ausgebildeten oder verfügbaren Fahrer/innen mehr gefunden werden konnten. Seit einigen Jahren treffen zudem Anfragen von Familien beim Gemeinderat ein, welche ebenfalls Anrecht hätten auf Schultransport, heute aber noch nicht bedient werden können, da die Kapazitäten fehlen. Dies führt zu einer gewissen Ungleichbehandlung von Familien. Weiter rückt das Alter der Schulkinder nach der Einführung des 2. Kindergartenjahrs nach unten und die Zahl der Kinder erhöht sich.

Gemäss den gesetzlichen Grundlagen des Kantons hat ein Kind das Recht auf unentgeltlichen Transport, wenn der Schulweg aufgrund der Länge (> 3km oder auch gewisse

Höhenmeter / Leistungskilometer) oder der Gefährlichkeit anerkannt wird. Sind diese Bedingungen gegeben, muss die Gemeinde einen Fahrdienst anbieten oder die Eltern entsprechend entschädigen.

Die Schulkommission hat eine Übersicht erarbeitet, welche anzeigt, in welchem Jahr künftig wieviele Kinder transportberechtigt wären. Es zeigt sich klar, dass mit den aktuellen Kapazitäten nicht alle Kinder transportiert werden können.

Gemeinderat Kammermann informiert, dass die Schulkommission und der Gemeinderat diese bestehende Ungleichheit innerhalb der Gemeinde beheben wollen. Vor diesem Hintergrund hat die Schulkommission die gesetzlichen Grundlagen abgeklärt, die Zahl der heute gemäss Gesetz berechtigten Kinder evaluiert und neue Lösungen geprüft. Mit der für die Schülertransporte zuständigen Person beim Kanton wurden die möglichen Varianten besprochen. Auch wurden die Lösungen in den Nachbargemeinden angeschaut – diese sind aber nicht mit uns vergleichbar, da der Schulbus in Ueberstorf durch eine Konzession infolge der Schulauflösung gestützt ist.

Als mögliche Varianten zeigten sich die Folgenden:

1. Abschaffung des Schulbusses – Umstellung auf Eltern-Entschädigungen. Diese Lösung ist heute in diversen Sensler Gemeinden Realität.
2. Erweiterung der Routen mit dem heutigen Schulbus. Diese Lösung ist nicht durchführbar: Kinder können nicht z.B. um 6.30 Uhr morgens abgeholt werden und dann mehr als eine Stunde auf dem Schulhof warten.
3. Beibehaltung der heutigen Lösung. Eltern, deren Kinder nicht transportiert werden können, erhalten eine Entschädigung. Diese Lösung bedeutet aus Sicht des Gemeinderats eine Ungleichbehandlung.
4. Neue Lösung mit zwei oder drei Bussen, welche parallel fahren. Diese ist aus organisatorischer Sicht die einzig Sinnvolle. Allerdings ist dies die teuerste Variante.

Schulpräsident Toni Kammermann informiert weiter, dass der Gemeinderat im Februar 2012 entschieden hatte, die Variante 1 auf das Schuljahr 2012/13 umzusetzen. Diese Lösung wäre innerhalb des bisher bestehenden Kostenrahmens umsetzbar. Dieser Entscheidung wurde den betroffenen Eltern an einem Elternabend erläutert. Die Reaktionen der zahlreichen Anwesenden waren sehr deutlich: Die Einstellung der Dienstleistung Schultransport würde viele Familien vor grosse, zum Teil unlösbare Probleme stellen. In der Folge ist der Gemeinderat auf seinen Entscheid zurückgekommen und hat die bisherige Lösung für das aktuelle Schuljahr beibehalten. Im Anschluss wurden die ursprünglichen Varianten mit einer Elternvertretung, der Schulkommission und im Gemeinderat nochmals breit diskutiert. Als einzige Lösung, die alle Bedingungen zu erfüllen vermag, erwies sich die Variante 4.

Der Gemeinderat hat bei drei möglichen Anbietern Offerten für eine solche Variante eingeholt. Hierbei zeigte sich, dass der heutige Partner die Zusammenarbeit nicht fortsetzen will, weil er diese Kapazitäten nicht aufbringen kann. Zwei Unternehmen haben Angebote eingereicht (TPF, Freiburg und Wieland, Murten).

Gemeinderat Kammermann ergänzt seine Ausführungen mit der Information, dass in den Monaten Juli und August 2012 141 Personen im Rahmen einer Unterschriftensammlung einen Antrag an den Gemeinderat unterzeichneten. Damit sprachen sie sich gleichzeitig auch für die Neuerung aus, dass der Schultransport pro Familie und Jahr mit CHF 500.- mitgetragen wird.

Diese Zustimmung und eindeutige Willensäusserung der betroffenen Familien war die Grundlage dafür, dass der Gemeinderat die Kosten für eine neue Lösung im Bereich Schülertransport auch im Budget 2013 sowie im Finanzplan 2014-2017 aufnahm. Bis auf Weiteres hat auch der Kanton seine Beiträge zugesichert – diese können aber mit dem neuen Schulgesetz ändern (Schultransport wird zukünftig an Gemeinden delegiert).

Die Kosten für den Schultransport wurden in der Botschaft abgebildet. Im Jahr 2013 ist der Effekt der neuen Lösung noch nicht vollständig ersichtlich, da nur die Zeit ab Herbst (5 Monate) eingerechnet ist. Erst im Folgejahr 2014 ist die neue Lösung ganzheitlich erkennbar.

Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, die Gemeindeversammlung transparent und umfassend über alle Entwicklungen zu informieren und will den anwesenden Stimmberechtigten

tigten auch die Möglichkeit geben, sich zu diesem Thema zu äussern. Im Rahmen des Budgets wird die Gemeindeversammlung die Möglichkeit haben, diesem Budgetposten zuzustimmen oder allenfalls Änderungsanträge vorzubringen.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt Gemeinderat Kammermann für die Ausführungen. Sie fragt nach, ob es Fragen zum Thema gibt.

Wortmeldungen:

- Frau Renate Bürgi erklärt, dass es für sie schwierig ist, diesen jährlichen Beitrag zu bezahlen, da sie eine grosse Familie sind. Sie bezahlen heute bereits Abonnemente für ihre Kinder. Dieser zusätzliche Beitrag ist für sie schwierig und sie fragt, ob dies so gerecht sei.
- Gemeinderat Kammermann zeigt Verständnis und ist sich bewusst, dass jede persönliche Situation unterschiedlich ist. Selber fahren ist aber auch teuer und muss auch organisiert sein – dies sollte keine Lösung sein, wenn die Gemeinde auch einen Transport anbietet. Sicherlich ist die Gemeinde bereit, bei Härtefällen Lösungen zu suchen.
- Alt Gemeindeschreiber Hans Brühlhart merkt an, dass die Information, dass der kantonale Beitrag gesichert ist, so nicht stimmt. Dies wird in Zukunft nicht mehr so sein. Spätestens mit dem neuen Schulgesetz wird dies ändern.
- Frau Karin Egli möchte wissen, ob die Routen angepasst werden oder so bleiben wie heute. Sie müssen nämlich die Kinder zu den Haltestellen bringen.
- Toni Kammermann informiert, dass der genaue Verlauf der Routen noch genau angeschaut würde. Die Transporteure haben pauschal offeriert, nicht mit präzisen Routen.
- Herr Thomas Brühlhart ist der Ansicht, dass die Kinder die Zukunft der Gemeinde sind. Sein Kind geht auch auf den Bus und er findet diesen Service wichtig. Wenn man Geld in Duschen für die Mehrzweckhalle investieren kann, dann sollte auch für die Kinder etwas Geld vorhanden sein.
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach versteht das Anliegen, auch wenn man dies so natürlich nicht 1:1 vergleichen kann. Auch für die Liegenschaften müssen gewisse Gelder zur Verfügung stehen.
- Herr Jean Pierre Boillat bringt ein, dass er als früherer Verantwortlicher für den Schulbus das Thema genau kennt. Der Schultransport in Ueberstorf sei auf eine Konzession des Bundes abgestützt. Die Routen sowie Haltestellen seien in dieser Konzession genau festgehalten. Änderungen seien hier nicht möglich, ohne eventuell diese Konzession zu verlieren. Der Kanton wird dann nicht mehr bezahlen.
- Gemeinderat Kammermann erklärt, dass man die Gesamtsituation genau mit der zuständigen Person des Kantons abgeklärt hat. Wenn man eine Lösung mit einem professionellen Anbieter wie TpF anstrebt, ist eine andere Lösung möglich. Der Kanton hat dies der Gemeinde zugesagt.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach schliesst dieses Traktandum ab, nachdem keine weiteren Wortbegehren mehr festzustellen sind. Es war dem Gemeinderat wichtig, transparent über dieses Thema zu informieren. Die Abstimmung zu diesem Punkt folgt später im Rahmen der Schlussabstimmung zum Budget 2013. Hier können Bürger allenfalls Anträge stellen.

Traktandum 2.4: Gemeindesteuern / Beschlussfassung Erhöhung des Steuerfusses auf der Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen von 79% auf 89% sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen von 79% auf 89% der einfachen Kantonssteuer, sowie

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort dem zuständigen Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechti.

Gemeinderat Hansjürg Liechti vergleicht eingangs kurz Ausgaben und Einnahmen sowie das Ergebnis der Budgets 2012 und 2013. Ohne erneute Anpassung der Einnahmen würde 2013 ein Resultat von CHF – 607'114.- in der laufenden Rechnung erreicht. Dieser Wert liegt über der gesetzlichen 5%-Grenze und kann so nicht verabschiedet werden.

Der Gemeinderat schlägt deshalb der Versammlung eine Erhöhung des Gemeindesteuersatzes von 0.78 auf 0.89 vor. Mit dieser Erhöhung würde die Laufende Rechnung einen Ueberschuss von CHF 132'635.- ausweisen. Mit dem geplanten Überschuss können die Eigenmittel gestärkt oder freiwillige Abschreibungen vorgenommen werden, was beides positiv ist. Keinesfalls gibt der Ueberschuss dem Gemeinderat einen Freipass für zusätzliche Ausgaben. Der Finanzchef hält ausdrücklich fest, dass die im Voranschlag geplanten Ausgaben verbindlich sind und nicht überschritten werden dürfen.

Anhand einer Tabelle zeigt Hansjürg Liechti auf, dass sich die Gemeinde Ueberstorf durch die Erhöhung des Steuersatzes in der Gesamtbelastung der Gemeinde Wünnwil-Flamatt annähert, welche zwar einen tieferen Einkommenssteuersatz ausweist (85.7), dafür aber eine höhere Liegenschaftssteuer kennt (1.8 ‰). Höhere Einkommenssteuersätze kennt das Senseoberland, tiefere das Senseunterland.

Obwohl Ueberstorf in den letzten Jahren Einwohner dazu gewonnen hat, haben sich die Steuereinnahmen ohne Satzanpassungen kaum verändert. Als Gründe hierfür nennt Gemeinderat Liechti das relativ geringes Steueraufkommen durch juristische Personen (Budget 2012: Ueberstorf CHF 190'000, als Vergleich: Bösinggen CHF 430'000 / Wünnwil-Flamatt CHF 1'160'000 / Schmiten CHF 2'490'000).

Hinzu kommt, dass der Kanton durch zusätzliche Abzüge oder Anpassungen der Tarife die Steuern in den Jahren 2004 – 2011 um rund 14% gesenkt hat. Damit hat sich die Steuerbasis der Gemeinde laufend reduziert. Auch durch die vorübergehende Reduktion und Abschaffung der Liegenschaftssteuer sind in den Jahren 2007 – 2011 Erträge von total CHF 1'100'000.- entgangen. Diese fehlen in der Eigenkapitalbasis der Gemeinde, bzw. führten zu einer erhöhten Schuldenlast.

Gemeinderat Hansjürg Liechti erklärt, dass eine Steuererhöhung die einzige substanzielle Möglichkeit für die Gemeinde ist, Mehreinnahmen zu generieren. 85% der gesamten Einnahmen stammen gemäss einer gezeigten Übersicht von Steuereinnahmen. Die Auswirkungen einer Erhöhung sind für die Gemeinde, dass sie die Handlungsfähigkeit sicherstellen kann, eine leichte Verbesserung der Investitionsfähigkeit und der Kreditwürdigkeit erreicht und mit leicht tieferer Zinsbelastung dasteht. Für die Bürger ist klar, dass diese Erhöhung eine Mehrbelastung durch höhere Steuern bedeutet. Dafür können aber bestehende Infrastrukturen weiter genutzt werden und die bisherigen Dienstleistungen sind sichergestellt.

Als Abschluss seiner Ausführungen rechnet der Finanzchef anhand eines konkreten Beispiels die Gesamtbelastung an Kantons- und Gemeindesteuern vor, dies auch inklusive der Steuersenkungen des Kantons. Letztere führten dazu, dass sich die Gesamtbelastung eigentlich reduziert hatte. Nun wird diese durch die Erhöhung der Gemeindesteuern wieder steigen. Hansjürg Liechti erklärt, dass eine Steuererhöhung notwendig ist, um die Gemeindefinanzen wieder ins Lot zu bringen. Die Handlungs- und die Investitionsfähigkeit der Gemeinde müssen sichergestellt sein. Die Gemeinde hat schlicht keine anderen Einnahmequellen und die gesetzliche 5% -Grenze (Aufwandüberschuss gegenüber Ertrag) muss eingehalten werden – ansonsten folgt eine gesetzliche Steuererhöhung.

Nach diesen Ausführungen gibt Gemeinderat Hansjürg Liechti das Wort ab an die Vorsitzende. Sie bittet Urs Wyssbrod, die Stellungnahme der Finanzkommission zu verlesen.

Bericht der Finanzkommission:

Urs Wyssbrod verliest den Bericht der Finanzkommission (FIKO). Die Finanzkommission empfiehlt der Versammlung, den Antrag des Gemeinderates anzunehmen. Die Finanzlage der Gemeinde hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert, die Nettoverschuldung ist kontinuierlich gestiegen. Im vergangenen Jahr hat sich der Souverän entgegen des Vorschlags des Gemeinderates für eine moderate Anpassung entschieden. Als Folge davon wird die Gemeindefinanzrechnung 2012 voraussichtlich negativ abschliessen. Mit der nun beantragten Steuererhöhung will der Gemeinderat die Finanzlage der Gemeinde stabilisieren – wenn auch nur temporär. Die zusätzlichen Einnahmen erlauben einen ausgeglichenen Voranschlag 2013 – ohne diese, würde das Eigenkapital der Gemeinde bereits 2013 vollständig aufgezehrt. Die Finanzkommission unterstützt somit das Bestreben des Gemeinderates, für das Jahr 2013 ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren und empfiehlt der Versammlung, der Steuererhöhung zuzustimmen.

Mit diesem Antrag schliesst Urs Wyssbrod seine Ausführungen und gibt das Wort zurück an die Gemeindepräsidentin.

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach dankt der Finanzkommission für Ihre Arbeit und die Ausführungen.

Sie eröffnet nun die Diskussion. Es sind folgende Voten zu verzeichnen:

Wortmeldungen:

- Herr Marcel Notari fragt nach, ob der der präsentierte Finanzplan richtig erstellt sei. Die alte Turnhalle sei gesperrt, obwohl sie doch noch gut genutzt werden kann. Dafür wird nun die Halle in Flamatt gemietet für CHF 20'000.- pro Jahr. Dann hatte man einen Planungskredit für den neuen Werkhof – hier habe man ja noch nichts Konkretes erreicht. Die Liegenschaftskommission sollte vielmehr prüfen, ob der Werkhof der P. Schmutz AG durch die Gemeinde gemietet werden könnte – dies würde eine gute und schnelle Lösung bringen ohne gross planen zu müssen. Auch für den Fussballplatz hatte man Planungskredite beantragt – dann auch für die Verkehrsberuhigung. Er ist der Ansicht, dass man mit diesen Planungskrediten aufhören sollte und besser direkt Lösungen finden sollte. Die Gemeinde hat ja selber Leute, die fähig sind hierzu.
- **Marcel Notari schliesst seine Ausführungen mit einem Antrag ab: Die Steuern sollen maximal um 6.5% erhöht werden. Dies erlaubt zu verhindern, dass die Schulden weiter ansteigen.**
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt Herrn Notari für sein Votum. Sie informiert, dass die Gemeinde tatsächlich im Moment die Nutzung der Liegenschaft der Schmutz AG als Werkhof prüft. Eine Besichtigung und erste Gespräche fanden statt, der Gemeinderat wird dies genau prüfen. Betreffend alter Turnhalle hält sie fest, dass diese noch offen ist, dass sie aber punkto Sicherheit und Hygiene nicht konform ist. Diese muss saniert werden. Die Halle in Flamatt wurde in der Tat gemietet – die Gemeindeversammlung konnte aber im Rahmen der Budgetabstimmung im vergangenen Jahr darüber befinden und hat dem zugestimmt. Einen Planungskredit für Verkehrsberuhigung hat der Gemeinderat nicht zur Verfügung – dieser wurde von der Gemeindeversammlung im April 2010 zurückgewiesen. Sie informiert aber, dass heute viele Anfragen von Bürger/innen bei der Gemeinde eingehen, wann denn nun endlich etwas unternommen wird, um die Sicherheit der Kinder auf den Strassen zu gewährleisten. Der Gemeinderat wird deshalb gewisse Einzelmassnahmen im 2013 ausführen – sofern finanziell möglich. Radarmessgeräte, die viele Bürger verlangt haben, können im Kanton Freiburg nicht aufgestellt werden, da er hierfür keine gesetzliche Grundlage gibt.
- Die Gemeindepräsidentin fragt nun zurück, wie der Antrag konkret formuliert werden soll. Er schlägt eine Erhöhung um 6.5% vor. Meint er damit die konkrete Erhöhung des Steuersatzes von 0.78 + 6.5 auf 0.84.5 ? Soll dies so formuliert werden oder meint er die „relative“ Erhöhung? (Anmerkung von GS A. Portmann: Dies würde eine Berechnung von $0.78 + (0.78 \times 106.5/100 = 0.83$ bedeuten). Sie schlägt vor, der Klarheit halber von Rappen pro Staatsfranken (=100) zu reden und formuliert den Antrag von Herrn Notari nochmals wie folgt: **Die Steuern sollen von heute 78 Rappen pro Staatsfranken auf neu 84.5 Rappen pro Staatsfranken erhöht werden** (statt wie vom Gemeinderat beantragt auf 89 Rappen pro Staatsfranken). Sie merkt an, dass dieser Antrag entgegen genommen wird und an zweiter Stelle, nach dem Antrag des Gemeinderats, zur Abstimmung gelangen wird.
- Marcel Notari stimmt dem zu. Er merkt nochmals an, dass der Gemeinderat selber planen soll und das Geld für die Planungskredite einsparen soll.
- Herr Laszlo Molnar merkt an, dass die Formulierungen verwirrend sind. In den Unterlagen des Gemeinderats rede man von 13% Steuererhöhung, Herr Notari hat einen anderen Wert errechnet. Der Gemeinderat beantragt eine Veränderung von 0.78 auf 0.89, was doch 11% seien.
- Gemeindeschreiberin A. Portmann schlägt auf dieses Votum hin den Anwesenden vor, der Klarheit halber nicht mehr von Prozenten zu sprechen, da diese ja stets relativ berechnet sind und je nach Grundlage/Ausgangswerten unterschiedlich heraus-

kommen. Es sollte deshalb besser in konkreten Werten gesprochen werden, d.h. z.B. von Rappen (=0.78 oder = 0.845) pro Franken (=100).

- Marcel Notari meldet sich erneut und ergänzt, dass in der Botschaft angemerkt sei, dass die Aula zu klein sei, die Bibliothek nicht gut genug sei, die Hygiene nicht gesichert sei usw. Auch sollen die Mitarbeiter Raum erhalten. Dies alles sei doch übertrieben.
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt ihm und merkt an, dass das Thema Gemeindeliegenschaften unter Traktandum 2.5 nochmals ausführlich diskutiert wird. Der Gemeinderat will hier keinesfalls Angst schüren oder übertreiben. Die Gemeinde ist nicht arm, man muss aber nun die richtigen Weichen stellen.
- Frau Catherine Décoppet kommt zurück auf die vorgeschlagene Steuererhöhung und die Anmerkung, dass diese nur für zwei Jahre Luft gäbe. Sie will wissen, ob dies tatsächlich so sei und was dann in zwei Jahren denn noch komme?
- Finanzchef Hansjürg Liechi antwortet, dass im Finanzplan alle möglichen Investitionen aufgezeigt wurden. Je nach tatsächlicher Entwicklung ist es in der Tat so, dass schon in zwei Jahren der Aufwand der Gemeinde wieder die Einnahmen übersteigt. Der Gemeinderat habe in der Vorbereitung sogar eine höhere Steuererhöhung diskutiert. Dies hat man sich aber nicht getraut, man wollte der Bevölkerung nicht zuviel zumuten. Er hält abschliessend fest, dass die Gemeindeversammlung über jedes Vorhaben der Investitionsrechnung wird abstimmen können. Die Bevölkerung bestimmt somit, wieviel konkret ausgegeben wird.
- Herr Peter Schaller dankt Gemeinderat Hansjürg Liechi für seine sehr gute Präsentation, die ausführlich und verständlich war. Er hält fest, dass er nicht gerne mehr Steuern zahlt. Es ist aber wichtig, die Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu wahren. Er ruft auf, dem Gemeinderat das Vertrauen auszusprechen und dieser Steuererhöhung nun zuzustimmen.
Dieses Votum wird von der Versammlung mit spontanem Applaus bedacht.
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für diese Worte. Sie fragt nach, ob weitere Fragen oder Anmerkungen im Raum stehen.

Nachdem keine weiteren Wortbegehren mehr kommen, schliesst Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach die Wortmeldungen ab. Der Gemeinderat hat nun ausführlich und transparent erklärt, wieso diese Steuererhöhung sein muss. Niemand bezahlt gerne mehr Steuern, es gibt aber keinen anderen Weg, um die Gemeindefinanzen zu stabilisieren. Sie verspricht, dass der Gemeinderat den offenen Dialog mit der Bevölkerung fortsetzen wird und die Qualität der öffentlichen Infrastruktur und der Dienstleistungen gewährleisten will. Sie schlägt nun vor, zur Abstimmung fortzuschreiten.

Gemeindeschreiberin Andrea Portmann informiert die Versammlung über das Verfahren bei der Abstimmung und verliest nun nochmals die beiden Anträge.

Als erster Antrag kommt der Antrag des Gemeinderats zur Abstimmung:

- Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung (mit Gültigkeit ab 01.01.2012) die Erhöhung des Steuerfusses auf der Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen von 78 auf 89 Rappen pro Staatsfranken sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen von 78 auf 89 Rappen pro Staatsfranken.

(Anmerkung von Gemeindeschreiberin Andrea Portmann: in der Botschaft ist der Antrag in „% der einfachen Kantonssteuer“ formuliert: Erhöhung von 0.78% auf 0.89 % der einfachen Kantonssteuer. Diese Formulierung ist gemäss Rücksprache mit dem Amt für Gemeinden korrekt).

Wird dieser Antrag angenommen, wird nicht weiter abgestimmt. Dies bedeutet, dass der Antrag von Herrn Notari nicht zu Abstimmung käme. Falls der Antrag des Gemeinderats abgelehnt wird, kommt der Antrag von Herrn Marcel Notari zur Abstimmung:

- Marcel Notari beantragt der Gemeindeversammlung (mit Gültigkeit ab 01.01.2012) die Erhöhung des Steuerfusses auf der Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen von 78 auf 84.5 Rappen pro Staatsfranken sowie der Gewinn-

und Kapitalsteuern der juristischen Personen von 78 auf 84.5 Rappen pro Staatsfranken.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für die Ausformulierung und fragt nach, ob es noch Fragen zur Abstimmung gibt. Da dies nicht der Fall ist, schreitet sich nun zur Abstimmung und verliest nochmals den Antrag des Gemeinderates:

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung (mit Gültigkeit ab 01.01.2012) die Erhöhung des Steuerfusses auf der Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen von 78 auf 89 Rappen pro Staatsfranken sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen von 78 auf 89 Rappen pro Staatsfranken.

Resultat:

Die Versammlung stimmt dem Antrag des Gemeinderates mit 159 Ja und 17 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen zu.

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach dankt der Versammlung für das Vertrauen, dass dem Gemeinderat mit dieser Zustimmung ausgesprochen wird. Sie verspricht, dass der Gemeinderat das Geld gut verwalten wird.

Da der Antrag des Gemeinderats angenommen wurde, wird über den Antrag von Herrn Marcel Notari nicht abgestimmt.

Traktandum 2.5: Kreditbegehren: Planungskredit für Überprüfung und Anpassung der Schul- und Freizeitanlagen (Beschlussfassung)

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach übergibt das Wort zu diesem Traktandum den zuständigen Gemeinderäten Toni Kammermann (Ressort Bildung) und Wolfgang Schmutz (Ressort Liegenschaften).

Vizeammann Wolfgang Schmutz gibt einleitend Erklärungen ab zum Zustand der Schul- und Sport-Liegenschaften der Gemeinde. In der Mehrzweckhalle wird aktuell das Wichtigste erledigt, damit der bisherige Betrieb mit Schulsport, Freizeitsport und Anlässen weiterhin gesichert ist. Vorwiegend werden hier Sicherheitsthemen gelöst. Anstehend ist hier ebenfalls der Ersatz der Heizung. In der alten Turnhalle sind die Unzulänglichkeiten grösser. Die Halle fällt zwar nicht in sich zusammen, sie entspricht aber den Sicherheitsanforderungen von BfU und Kanton nicht mehr. Die sanitären Einrichtungen sind abgesprochen. Das Energiekonzept / die Isolation ist ungenügend, die Fensterfront ist zu ersetzen.

Betreffend Schulhaus ist es so, dass heute sämtliche vorhandenen Räume für den Unterricht benutzt werden, inklusive Teile der alten Schulküche und Medienraum. Für einen möglichen 4. Kindergarten besteht kein Raum. Die Aula vermag den Anforderungen (Grösse, Akustik, Sicherheit/Fluchtwege) nicht mehr zu genügen. Die Bibliothek gehört nach heutigen Richtlinien auf das Schulareal. Es stehen keine Räume für Kleingruppenarbeiten zur Verfügung, welche vor allem bei jahrgangsgemischten Klassen wichtig sind. Hinzu kommt, dass auch hier die Heizung saniert werden muss, der erdverlegte Öltank muss ersetzt werden – die Frist wurde vom Kanton bereits verlängert.

Anhand einer Tabelle zeigt Vizeammann Schmutz die Entwicklung der Schülerzahlen auf. Es ist absehbar, dass ein vierter Kindergarten und auch eine weitere Schulklasse eröffnet werden müssen. Diese Klassen können zurzeit nirgends untergebracht werden. Auch anzumerken ist die Tatsache, dass die Gemeinde durch ein neues Gesetz verpflichtet ist, ausserschulische Betreuungseinrichtungen (z.B. Mittagstisch, Betreuung nach der Schule usw.) anzubieten. Hierfür steht absolut kein Raum zur Verfügung – ausser eventuell durch Umnutzung der Räume unterhalb der alten Turnhalle.

Noch nicht angesprochen ist auch die Situation der Vereine im Dorf. Es steht absolut kein Raum mehr zu Verfügung, damit z.B. der Samariter-Verein seine Übungen und das Blutspenden korrekt durchführen kann. Auch für Sitzungen und/oder clubinterne Veranstaltungen gibt es keine Räume mehr. Auch die Mütterberatung kann nicht mehr in den bis-

herigen Räumen erfolgen, da diese für die Schule genutzt werden müssen. Vizeammann Wolfgang Schmutz erklärt, dass diese Fragen sehr komplex sind. Um hier sinnvolle Lösungen zu finden, muss die Gemeinde professionelle Beratung erhalten.

Der Gemeinderat hat aus diesem Grund in einem ersten Schritt Herrn Charles Ducrot hinzugezogen, der beim Kanton verantwortlich ist für die Schulbauten. Mit ihm zusammen wurde eine Arbeitsgruppe gegründet und ein Raumprogramm erarbeitet. Folgende Ideen bestehen: Die alte Sporthalle sanieren als multifunktionalen Raum, der zugleich als Spielhalle und Aula dienen kann? Den Unterbau umnutzen für ausserschulische Betreuung mit Küche etc.? Die heutige Aula in die Bibliothek verwandeln? Weiter muss ein neues Heizkonzept umgesetzt und zusätzliche Unterrichtsräume geschaffen werden. Die Bedürfnisse der Vereine müssen auch möglichst berücksichtigt werden.

Gemeinderat Toni Kammermann ergänzt die Ausführungen des Liegenschaftsverantwortlichen aus Sicht der Schule. Er merkt an, dass der Gemeinderat keine Freude hat an all den bestehenden Problemen und eigentlich nicht neue Aufgaben sucht. Die Realität ist aber leider anders. Die sich hier stellende Aufgabe ist komplex, denn alle erwähnten Fragestellungen müssen adressiert werden können. Es braucht gute Vorschläge für die Raumerweiterungen und es muss etappenweise gebaut werden können. Dies alles muss auch finanzierbar bleiben. Um dieses Projekt anzugehen, muss man Spezialisten beiziehen und eben auch den Kanton. Will man kantonale Subventionen erhalten (1/6 der Kosten), so muss man sich auch an die Vorgaben halten.

Der Schulpräsident erklärt weiter, dass ein Projektwettbewerb gemäss Richtlinien SIA der beste Weg ist, um umsetzbare Ideen zu erhalten. In anderen Gemeinden (z.B. auch bei Umbau der OS Wünnewil) hat sich dieses Verfahren bewährt. Dieser Wettbewerb wird als zweistufiges, offenes Verfahren durchgeführt. Hinzu kommt, dass man sich im Bereich der öffentlichen Bauten natürlich an das öffentliche Beschaffungswesen halten muss. Dies schreibt klar vor, wie vorzugehen ist. Hält man sich nicht daran, läuft man sofort Gefahr, in rechtliche Auseinandersetzungen zu geraten, welche teuer sind und vor allem zeitliche Verzögerungen bedeuten.

Das Verfahren wird üblicherweise durch ein spezialisiertes Büro betreut. Diese Arbeit kann nicht durch die eigene Bauverwaltung übernommen werden. Die Gemeinde ist aber in der Jury beteiligt, die sich aus Mitgliedern des Gemeinderats, der Kommissionen, der Verwaltung sowie auswärtigen Spezialisten zusammensetzen kann. Wichtig ist auch die rechtliche Beratung / Unterstützung durch ein spezialisiertes Büro. Dieses wird nur bei effektivem Aufwand entschädigt.

Gemeinderat Toni Kammermann erklärt den Anwesenden die einzelnen Verfahrensschritte und die jeweilige Dauer. Ebenfalls führt er an, dass die Raumfragen ganzheitlich angeschaut werden und dass sich der Planungssperimeter deshalb über die Mehrzweckhalle inkl. Räumlichkeiten, die alte Turnhalle sowie das gesamte Schulareal erstreckt.

Er schliesst seine Ausführungen mit den finanziellen Werten ab. Der Planungskredit, der für die Durchführung dieser Arbeiten notwendig ist, beläuft sich auf CHF 300'000.-

Die Kosten im Überblick:

Einmalige Kosten (exkl. Mwst.):

Planungskredit	CHF	300'000.-
-----------------------	------------	------------------

Jährliche Folgekosten des Kredits (im ersten Jahr):

Jährliche Amortisation	(3 %)	CHF	9'000.-
Jährliche Zinsen	(4 %)	CHF	12'000.-
Total		CHF	21'000.-

Auswirkungen auf die jährlichen Betriebskosten:

Mit dem Planungskredit werden noch keine Konsequenzen für die jährlichen Betriebskosten entstehen.

Gemeinderat T. Kammermann informiert, dass dies ein Rahmenkredit ist. Wenn es günstiger machbar ist, dann wird dies auch so gemacht. Die Erfahrung aus anderen Gemeinden hat gezeigt, dass dieser Betrag nach sehr viel Geld tönt, aber eben realistisch ist, angesichts des Umfangs und der Komplexität. Toni Kammermann schliesst mit der Anmerkung, dass dieses Vorgehen üblich ist und auch durch rechtliche Vorgaben gegeben ist. Es ist dies nicht der Wunsch des Gemeinderats.

Die Gemeinderäte Kammermann und Schmutz schliessen ihre Ausführungen und geben das Wort zurück an Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach, welche direkt das Wort an Benjamin Fehr übergibt zur Verlesung der Stellungnahme der Finanzkommission.

Bericht der Finanzkommission:

Benjamin Fehr verliest den Bericht der Finanzkommission, welche der Versammlung die Annahme des Gemeinderat-Antrags empfiehlt. Die FiKo empfiehlt, nachfolgende Teilschritte: 1. Sicherstellung des Betriebs hinsichtlich Heizung, 2. Überprüfung der bestehenden Anlagen hinsichtlich veränderter Rahmenbedingungen und 3. Erarbeiten möglicher Lösungsvorschläge zur Anpassung der Schul- und Freizeitanlagen.

Durch den Planungskredit kann sichergestellt werden, dass eine Gesamtplanung erfolgt die den Ablauf des Schulbetriebs sichern, dann eine Grobplanung mit konkretem Budget sowie einen Wettbewerb zur Umsetzung umfasst. Damit die Gemeinde Subventionen erhält, müssen die Vorgaben eingehalten werden. Das Hochbauamt des Kantons empfiehlt, dringend einen zweistufigen Wettbewerb durchzuführen. Gemäss Präsident der Kommission für Schulbauten des Kantons ist bei einem Auftrag, wie er in Ueberstorf ansteht, aus Erfahrung mit Kosten von CHF 300'000.- zu rechnen. Als Schlussbemerkung wird eingebracht, dass der Weg über einen Projektwettbewerb für die Gemeinde die erfolgsversprechendste Variante ist, Lösungen für die diversen Raumfragen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Finanzkommission, diesem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Nach dankenden Worten an B. Fehr und die Finanzkommission eröffnet die Vorsitzende die Diskussion zu diesem Kreditbegehren.

Wortmeldungen:

- Herr Peter Mögli merkt an, dass der Antrag mit dem Vermerk „CHF 300'000.- exkl. Mwst.“ formuliert ist. Er will wissen, ob also die Mwst. zum Betrag noch hinzu kommt?
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach bestätigt dies. Die Anträge für Kreditbegehren wurden auch in der Vergangenheit jeweils so formuliert. Es ist korrekt, dass hier die Mwst. noch nicht eingerechnet wäre. Gemeinderat Hansjürg Liechi ergänzt, dass man den Antrag auch inkl. Mwst. formulieren kann. Er ist der Ansicht, dass der Gemeinderat diese Herausforderung annehmen kann.
- Herr Marcel Notari ist der Ansicht, dass man mit diesem Vorgehen in 1.5 Jahren nur eine Planung hat aber noch keine Schulzimmer. Er findet, dass man anstelle dieses Vorhabens besser Pavillons aufstellen würde, so wäre für den vierten Kindergarten sofort Raum vorhanden. Ob der Gemeinderat eine solche Lösung abgeklärt hat? Diese Container können schnell aufgestellt und dann anderweitig wieder eingesetzt werden. Er möchte klar einen realistischen Vorschlag sehen und ist der Ansicht, dass man sich nicht von Externen diktieren lassen sollte, wie man nun was zu tun hat. Er möchte lieber sofort eine Lösung.
- Vizeammann Wolfgang Schmutz kann antworten, dass der Gemeinderat eine Lösung mit Pavillons auch abgeklärt hat. Diese sind aber teuer, da auch die Erschliessung und laufende Miete eingerechnet werden muss. Diese Container sind also zwar „beliebt“ – jedoch alles andere als günstig.
- Diesem Votum widerspricht M. Notari. Er ist der Ansicht, dass man schon ab CHF 10'000.- einen solchen Container erwerben kann.
- Vizeammann Schmutz ergänzt seine Ausführungen mit konkreten Angaben, die er mit den Zuständigen in Plaffeien abgeklärt hat. Hier sind zurzeit Pavillons aufgestellt im Rahmen des Umbaus der OS. Ein Pavillon beinhaltet mehrere Container. Die Bauphase dauert ca. 20-30 Monate. Die Kosten für die Pavillons betragen inkl. Transport, Installation und Anschlüsse CHF 460'000.-

Er hat diese Kosten mit einem bekannten Anbieter aus der Region weiter abgeklärt. Dieser hat ihm bestätigt, dass ein Schulpavillon à 70 m² CHF 216'000.- kostet.

- Gemeinderat Kammermann bestätigt dies und ist der Ansicht, dass dies zuviel Geld ist für ein Provisorium. Das Geld ist anschliessend weg und gebaut hat man noch nichts. Die heutigen grossen Jahrgänge sind ja acht Jahre an der Schule – man kann also nicht nur für ein-zwei Jahre mehr Raum schaffen. Dies reicht dann nicht.
- Herr Notari ist dennoch der Ansicht, dass man mit einem kleinen Anbau das Schulraum Problem lösen sollte und die Container als Überbrückung einsetzen sollte.
- Gemeindepräsidentin Ch. Buliard-Marbach fragt Herrn Notari, ob er denn einen Antrag stellen möchte?
- Dies wird von Herrn Notari verneint.

Die Vorsitzende dankt für die Diskussion und fragt nach, ob noch weitere Fragen oder Anmerkungen eingebracht werden möchten. Nachdem keine Wortmeldungen mehr zu verzeichnen sind, schreitet sie zur Abstimmung. Sie verliest den Antrag des Gemeinderates.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- a) dem Planungskredit für die Überprüfung und Anpassung der Schul- und Freizeitanlagen in der Höhe von CHF 300'000.- inkl. MwSt. zuzustimmen;
- b) den Gemeinderat zu ermächtigen, die Finanzierung der notwendigen Mittel in der Höhe von CHF 300'000.- inkl. MwSt. aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahme zu beschaffen.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 135 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

Die Vorsitzende dankt für die Zustimmung. Gemeinderat Toni Kammermann schliesst sich dem Dank an und verspricht, dass er zusammen mit Vizeammann Wolfgang Schmutz dafür sorgen wird, dass die brauchbarste und günstigste Variante angestrebt wird. Auch wird die Versammlung über jeden weiteren Kredit abstimmen können.

Traktandum 2.6: Schlussabstimmung über den Voranschlag 2012 (Beschlussfassung)

Die Vorsitzende dankt den anwesenden Stimmbürger/innen für die Zustimmung zu den Traktanden 2.4 und 2.5. Da nun alle für den Voranschlag 2013 relevanten Themen besprochen und verabschiedet sind, kann nun die Schlussbesprechung inkl. Genehmigung des Voranschlags 2013 der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung vorgenommen werden. Durch die Zustimmung zur Steuererhöhung in Traktandum 2.4 präsentiert sich der Voranschlag der Laufenden Rechnung nun wie folgt:

Total Einnahmen:	CHF	8'680'111.-
Total Ausgaben:	CHF	8'547'476.-
Einnahmenüberschuss:	CHF	132'635.-

Die Vorsitzende bittet nun Präsident Hermann Moser, den Bericht der Finanzkommission vorzutragen.

Bericht der Finanzkommission:

Hermann Moser verliest einen positiven Bericht der Kommission. Sie ist der Ansicht, dass ein realistisches Budget vorgelegt wurde und dankt den Verantwortlichen für die geleistete Arbeit. Alle Fragen wurden der Kommission, die das Budget eingehend und intensiv geprüft hat, kompetent beantwortet. Es wird in allen Ressorts eine klare Budgetdisziplin brauchen, um die eingestellten Werte zu erreichen. Da in den kommenden Jahren ohne weitere Steuererhöhung erneut ein Defizit droht, muss noch vermehrt zwischen Dringendem, Notwendigem oder Wünschbarem unterschieden werden.

Priorität muss bleiben, Minderausgaben zu haben. Die Kommission empfiehlt der Versammlung nach intensiver Beratung den Voranschlag der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung 2013 zur Annahme.

Die Gemeindepräsidentin dankt der Finanzkommission für ihre Arbeit. Sie kann nun die abschliessende Diskussion zum Budget eröffnen und lädt die Versammlung ein, Fragen zu stellen.

Wortmeldungen:

- Alt Gemeindeschreiber Hans Brühlhart bedauert, dass nicht mehr jeder Gemeinderat sein Ressort kurz vorstellt. Dies sei früher der Fall gewesen. Er bezeichnet das vorgestellte Budget als Wunschkonzert des Gemeinderats und ist der Ansicht, dass in keiner Weise gespart wird. Im Bereich Verkehr sind CHF 238'000.- budgetiert. Dies sei deutlich zuviel.
- Gemeinderat Gerhard Lehmann antwortet, dass im Bereich Strassen (Kto. 620.314.00) in diesem Jahr die Sanierung zweier Deckbeläge geplant wurde. Dies wird notwendig, da man aus Spargründen drei Jahre lang praktisch keine Repmatic-Arbeiten ausgeführt hat. Die meisten Strassen der Gemeinde wurden in den 1970er Jahren geteert. Gewisse Beläge müssen nun einfach schrittweise überteert werden.
- Hans Brühlhart vertritt diese Ansicht nicht. **Er stellt den Antrag, dass das Konto 620.314.00 um CHF 100'000.- zu kürzen ist.**
- Gemeindeschreiberin Andrea Portmann nimmt diesen Antrag von Hans Brühlhart schriftlich auf und fasst zusammen: Das Konto 620.314.00 ist vom Gemeinderat auf CHF 238'900.- veranschlagt. Dies ist bei der kommenden Abstimmung zu diesem Konto der Antrag des Gemeinderats. Über diesen wird zuerst abgestimmt. Anschliessend wird bei Ablehnung des Antrags des Gemeinderats über den Antrag von Hans Brühlhart abgestimmt: Das Konto 620.314.00 ist von CHF 238'900.- auf neu CHF 138'900.- um CHF 100'000.- zu kürzen.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für diese Voten und fragt nach, ob es weitere Meldungen oder Anträge gibt. Da dies nicht der Fall ist, kann sie zur Abstimmung schreiten.

Abstimmung 1: Kürzung des Kontos 620.314.00

Antrag des Gemeinderats:

Zuerst wird über den Antrag des Gemeinderates abgestimmt. Er beantragt, bei Konto 620.314.00 einen Betrag von CHF 238'900.- zu budgetieren.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 105 Ja-Stimmen zu 48 Nein-Stimmen bei 30 Enthaltungen angenommen.

Da der Antrag des Gemeinderats angenommen ist, wird über den Kürzungs-Antrag von Hans Brühlhart zu diesem Konto nicht abgestimmt.

Abstimmung 2 : Schlussabstimmung zum Voranschlag 2013

Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, das vorliegende Budget 2013 der laufenden Rechnung, welches bei Ausgaben von CHF 8'547'476 und Einnahmen von CHF 8'680'111 einen Einnahmenüberschuss in der Höhe von CHF 132'635 vorsieht, sowie das Investitionsbudget für das Jahr 2013 mit Nettoinvestitionen von CHF 2'709'180, bei Ausgaben von CHF 2'837'180 und Einnahmen von CHF 128'000.-, zu genehmigen.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 156 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen. Der Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung ist somit genehmigt.

Die Gemeindepräsidentin dankt der Versammlung für die intensive aber konstruktive Diskussion und das Vertrauen.

Traktandum 3: Verkauf der Liegenschaft Hagacher 2, Art. 460 des Grundbuchs der Gemeinde Ueberstorf: Kompetenzerteilung an den Gemeinderat (Beschlussfassung)

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort zu diesem Traktandum dem zuständigen Ressortchef Wolfgang Schmutz.

Vizeammann Wolfgang stellt das Haus im Hagacher 2 kurz vor. Aus Sicht der Liegenschaftskommission und des Gemeinderats ist dieses Haus für die Gemeinde heute nicht betriebsnotwendig. Sie schlagen der Gemeindeversammlung deshalb vor, die Liegenschaft Hagacher 2, Art. 460 des Grundbuchs der Gemeinde Ueberstorf zu veräussern. Weitere Investitionen oder anstehende Sanierungen können nicht gerechtfertigt und mit den heutigen Mietzinseinnahmen auch nicht gedeckt werden.

Das Haus befindet sich auf einer Fläche von 551 m² in der Landwirtschaftszone. Es ist in einem bewohnbaren Zustand, gewisse Arbeiten müssten aber ausgeführt und der Boiler ersetzt werden. Die Liegenschaft ist an der Wasserversorgung und der ARA, sowie an das Elektrizitätswerk und das Fernsehkabelnetz angeschlossen.

Der Gemeinderat hat eine Verkehrswertschätzung in Auftrag gegeben. Für dieses Chalet kann nicht wirklich auf Vergleichsobjekte abgestellt werden. Gestützt auf die Einschätzung des Büros Tarchini Immo-Consulting GmbH in Ueberstorf setzt der Gemeinderat den Mindestverkaufspreis des Gebäudes auf CHF 155'000.- fest.

Betreffend Verkaufsbedingungen schlägt der Gemeinderat vor:

- Der Mindestverkaufspreis beträgt CHF 155'000.-
- Der Zuschlag geht an den Meistbietenden.
- Handänderungs-, Notar und Titeleröffnungskosten gehen zu Lasten des Käufers.
- Allfällige Liegenschaftsgewinnsteuer wird von der Gemeinde übernommen.

Vizeammann Wolfgang Schmutz dankt für die Aufmerksamkeit und gibt das Wort zurück an die Vorsitzende, welche direkt die Diskussion eröffnet. Einen Bericht der Finanzkommission gibt es hierzu nicht.

Wortmeldungen:

Keine.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach kommt somit zur Abstimmung. Sie merkt eingangs an, dass der Gemeinderat hier nicht stimmberechtigt ist, da es sich um eine Kompetenzerteilung an den Rat handelt (GG Art. 18, Abs. 3). Die Anzahl Stimmen beträgt somit bei dieser Abstimmung 174.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Ermächtigung, die Liegenschaft Hagacher 2 mit einer Grösse von 551 m² verkaufen zu können. Dem Gemeinderat wird die Kompetenz erteilt, die Liegenschaft zu einem Mindestpreis von CHF 155'000.- veräussern zu können, wobei der Zuschlag an den Meistbietenden geht.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 168 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen angenommen. Der Gemeinderat hat sich gemäss der gesetzlichen Bestimmung ebenfalls der Stimme enthalten.

Traktandum 4: Investitionsabrechnungen

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort zu diesem Traktandum dem Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechti.

Hansjürg Liechti kann informieren, dass im Jahr 2012 diverse Projekte abgeschlossen werden konnten.

Die Auswirkungen dieser Abrechnungen werden in der Jahresrechnung 2012 berücksichtigt, welche im kommenden Frühling präsentiert wird.

Velounterstand

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Metallgestell und Veloständer	21'800	14'337
Beton-Sockel	3'600	650
Montage	3'600	1'700
Verschiedenes	1'000	287
Gesamtkosten	30'000	16'974
Mwst	2'400	1'358
Total	32'400	18'332
Kreditbewilligung (netto)	32'400	
Kostenunterschreitung		14'068

Landkauf Alters- und Pflegeheim Ueberstorf

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Landpreis	250'000	0
Studie		5'644
Sitzungs- und Taggelder		2'140
Verschiedenes		60
Total (inkl. Mwst)	250'000	7'844
./. Landaustausch	-87'500	
Kreditbewilligung (netto)	162'500	
Kostenunterschreitung		154'656

Sanierung der Feuerwehr-Weiher Büel und Hermisbüel

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Sanierungskosten	14'720	
Sanierungsarbeiten Hermisbüel		4'295
Sanierungsarbeiten Büel		3'632
Schieber Hermisbüel		2'610
Schieber Büel		2'453
Reparatur Zaun beide Weiher		913
Mwst 8%	1'280	1'112
Total (brutto)	16'000	15'015
Kreditbewilligung	16'000	
Kostenunterschreitung		985

Ersatzanschaffung Böschungsmäher

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Ersatzanschaffung	20'000	21'501
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	20'000	
Kostenüberschreitung	1'501	

Investitionsbeteiligung Schwimmbad Laupen

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Studie	62'000	56'739
Total inkl. Mwst	62'000	56'739
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	62'000	
Kostenunterschreitung		5'261

Strassensanierung nach Unwetterschäden (Chessibrunnholz, Riedernhohle, Hundsflye, Ledeu)

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Honorare Ingenieure	17'000	17'041
Arbeiten inkl. Material	50'000	53'949
Abzüglich Skonto		825
Total	67'000	70'165
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	67'000	
Kostenüberschreitung	3'165	

Generelles Entwässerungs-Projekt (GEP)

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Erstellung des Abwasserleitungskataster (GEP)	240'000	265'485
Abzüglich Subventionen	97'000	106'533
Total inkl. Mwst	143'000	158'952
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	143'000	
Kostenüberschreitung	15'952	

Sanierung ARA-Leitung Albligenstrasse (Planungskredit)

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Planungskredit	70'000	33'199
Total inkl. Mwst	70'000	33'199
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	70'000	
Kostenunterschreitung		36'801

Ausbau ARA-Sensetal Laupen

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Investitionen 2011	65'625	44'836
Total exkl. Mwst	65'625	44'836
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	65'625	
Kostenunterschreitung		20'789

Sanierung Deckbelag Blattishus-Geretsried

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Einbau Deckbelag	67'000	64'415
Abzüglich 2% Skonto		-1'288
Kreditbewilligung (brutto inkl. Mwst)	67'000	63'127
Kostenunterschreitung		3'873

Nach seinen Ausführungen gibt Hansjürg Liechti das Wort zurück an die Gemeindepräsidentin. Der Versammlung dankt er für die Aufmerksamkeit und das Vertrauen.

Die Vorsitzende dankt den zuständigen Gemeinderäten für die grösstenteils sehr erfolgreiche Einhaltung der Kredite. Sie fragt nach, ob zu diesen Informationen das Wort gewünscht wird.

Wortmeldungen:

- Herr Laszlo Molnar dankt dem Gemeinderat und den Verantwortlichen für die geleistete Arbeit. In den Abrechnungen wurden insgesamt CHF 215'000.- eingespart gegenüber den bewilligten Krediten. Dies sollte doch anerkannt werden.

Da keine weiteren Wortbegehren zu verzeichnen sind, kann zum letzten Traktandum der Versammlung geschritten werden.

Traktandum 5: Verschiedenes

Gemeindepräsidentin Christine Bulliard-Marbach lädt die Anwesenden ein, Fragen zu stellen oder Anmerkungen anzubringen.

Folgende Wortmeldungen sind zu verzeichnen:

- Herr Hugo Roux bringt ein, dass die Vereine heute im Schulhaus wirklich keinerlei Raum mehr für ihre Aktivitäten haben. Je nach Projekt wird dies auch in Zukunft so bleiben. Er merkt an, dass unter der Mehrzweckhalle Zivilschutzräumlichkeiten vorhanden sind, die heute kaum genutzt werden. Er fragt den Gemeinderat an, ob diese Räume nicht den Vereinen zur Verfügung gestellt werden könnten.
- Vizeammann Wolfgang Schmutz versichert, dass im Rahmen des Projekts die Vereine sicher nicht vergessen werden. Was die Zivilschutzräume angeht, tritt per 01.01.2013 das neue Gesetz in Kraft, welches den Zivilschutz neu organisiert. Leider wurden der Gemeinde noch keine Informationen zugestellt, welche Auswirkungen diese Gesetzesanpassung auf die Nutzung der öffentlichen Zivilschutzbauten hat. Der Gemeinderat wird dieses Thema aber sicher weiter abklären.
- Herr Marcel Notari meldet sich zu Wort. Er findet, dass die Grünabfuhr heute sehr kostengünstig funktioniert. Eine Person ist im Nebenamt für die Aufsicht zuständig und das klappt sehr gut. Dennoch wurde er von einer jüngeren Person aus der Gemeinde verbal kritisiert. Er befürchtet, dass bei einer neuen Lösung im Bereich Entsorgung die Kosten ansteigen werden. Generell findet Herr Notari, dass die Verwaltung und der Gemeinderat nicht vorsichtig genug mit dem Geld umgehen. Zum Beispiel der 100%-Posten des Bauverwalters sei nicht gerechtfertigt, da aktuell ja nicht viel gebaut werde in der Gemeinde. Dann habe er auch noch eine 40%-Angestellte für administrative Arbeiten. Dies sollte nach seiner Meinung überprüft werden. Aus Ueberstorf solle kein Griechenland gemacht werden.
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach tritt den letzten Bemerkungen von Herrn Notari entschieden entgegen. Die Verwaltung hat genug Arbeit und der Bauverwalter wurde zu Recht zu 100% angestellt. Die Ansprüche der Bürger steigen und die heutige Situation ist sehr komplex und herausfordernd. Sie hofft sehr, dass die Bürger die gebotenen kompetenten Dienstleistungen schätzen. Ein Griechenland wird keinesfalls entstehen hier in Ueberstorf. Es wird so erhalten, wie alle Anwesenden es kennen und schätzen.

Nachdem keine weiteren Wortbegehren festzustellen sind, dankt Gemeindepräsidentin Christine Bulliard-Marbach den Anwesenden und dem Gemeinderat für diese intensive aber interessante und wichtige Gemeindeversammlung.

Sie richtet ihren Dank auch an die Kommissionen, die Gemeindeverwaltung und die Schule und dankt für die geleistete Arbeit. Den Bürgerinnen und Bürgern dankt sie für Ihr Interesse an der Gemeinde Ueberstorf und das pünktliche Überweisen der Steuern. Ein spezielles Dankeschön geht an die Wirtfamilie Gerhard Siffert und die Angestellten für die geleistete Arbeit und die Gastfreundschaft.

Im Namen des Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung wünscht Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach den Anwesenden frohe Festtage, alles Gute im neuen Jahr und vor allem gute Gesundheit. Sie eröffnet das Apéro, das von der Gemeinde offeriert wird. Anschliessend serviert der Schlüssel die traditionelle Erbsensuppe, die ebenfalls herzlich verdankt wird.

Die nächste Gemeindeversammlung findet statt am Freitag, 26. April 2013.

Schluss der Versammlung um 23.25 Uhr.

Die Gemeindepräsidentin:

Die Gemeindeschreiberin: